

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäische Kommission

- [Parlament bestätigt von der Leyens Kommission](#) 2
- [Handel EU-USA: Kommission schlägt Abkommen über Industrieprodukte vor](#) 3
- [Handelsabkommen EU-Singapur öffnet neue Chancen für die Wirtschaft](#) 4

##### Europäisches Parlament

- [EU-Abgeordnete wählen Wiewiórowski zum Datenschutzbeauftragten der EU](#) 5
- [EU-Abgeordnete verabschieden Entschließung über Kinderrechte](#) 6
- [Parlament schließt Gesetzeslücke, um übermäßige ukrainische Hühnerimporte zu stoppen](#) 7

##### Europäischer Rat

- [Ergebnisse des Rates für auswärtige Angelegenheiten](#) 8

##### Sonstiges

- ["Farm to Fork" – EU stellt Vision eines Entwurfs für ein nachhaltiges Lebensmittelsystem vor](#) 9
- [Deutschland und Frankreich schlagen Fahrplan für EU-Reform](#) 10

<b>Laufende Konsultationen</b>	<b>11</b>
<b>Tagesordnungen der Institutionen</b>	<b>12</b>
<b>Impressum</b>	<b>12</b>

Gemeinsatme Vertretung der  
Europaregion Tirol-Südtirol-  
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45–47*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Europäische Kommission

## Parlament bestätigt von der Leyens Kommission

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben die neue EU-Kommission von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in der Parlamentssitzung in Straßburg am 27. November mit 461 Stimmen bei 157 Gegenstimmen und 89 Enthaltungen gebilligt. Das Kollegium der Kommissare tritt somit am 1. Dezember ins Amt, mit einer Amtsperiode von 5 Jahren.

In ihrer Erklärung bekräftigte die gewählte Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen die Verpflichtungen, die sie im Juli vor dem Plenum des Parlaments eingegangen ist, sowie die von den designierten Kommissionsmitgliedern während der Anhörungen angekündigten Vorhaben. Sie betonte, dass sie eng mit dem Parlament zusammenarbeiten und ihre Versprechen einhalten werde. Sie bestätigte auch eine Reihe von Änderungen von Aufgabenbereichen, die das Parlament nach den Anhörungen gefordert hatte, in denen die Eignung der Kandidaten für die Rolle und das Kollegium der Kommissare geprüft wurden.

Vor der Abstimmung um 12:00 Uhr hielten die Fraktionen kurze Sitzungen ab, um über ihre Abstimmungsabsichten zu entscheiden, denen entsprechende Erklärungen ihrer Vorsitzenden im Plenum folgten.

Die Anhörungen der designierten Kommissare fanden zwischen dem 30. September und dem 8. Oktober sowie am 14. November für drei Ersatzkandidaten statt. Vorher waren mögliche Interessenkonflikte im Rechtsausschuss erörtert worden. Jeder Kandidat wurde einer dreistündigen, direkt übertragenen Anhörung vor dem oder den für sein Aufgabengebiet zuständigen Ausschüssen des Parlaments unterzogen.

Der Anteil weiblicher Kommissarinnen in der neuen Kommission ist der höchste aller Zeiten: Neben der gewählten Präsidentin besteht die derzeitige Zusammensetzung der Kommission aus 11 weiblichen und 15 männlichen Mitgliedern.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



# Europäische Kommission

## Handel EU-USA: Kommission schlägt Abkommen über Industrieprodukte vor

**Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA veröffentlicht. Dieses soll sich vor allem um Konformitätsbewertung von Industrieprodukten drehen.**

Der EU-Vorschlag soll es Exporteuren ermöglichen, die Zertifizierung ihrer Produkte in ihrem Herkunftsland zu beantragen. Dies würde den Handel schneller, einfacher und billiger machen und gleichzeitig ein hohes Maß an Verbrauchersicherheit gewährleisten. Die gemeinsame Arbeit der EU und der USA an der Konformitätsbewertung ist eine der Maßnahmen, die in der Gemeinsamen Erklärung von Präsident Juncker und Präsident Trump vom 25. Juli 2018 zur Beilegung des Handelsstreits vereinbart wurden.

Der Vorschlag deckt alle relevanten Industriesektoren ab, in denen von beiden Seiten

eine Konformitätsbewertung durch Dritte erforderlich ist, wobei der Schwerpunkt auf Maschinen sowie Elektro- und Elektronikgeräten liegt. Am 15. April 2019 verabschiedeten die EU-Mitgliedstaaten im Rat einen Beschluss zur Genehmigung der Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen in diesem Bereich. Der potenzielle wirtschaftliche Nutzen ist angesichts des hohen Handelsvolumens zwischen der EU und den Vereinigten Staaten wichtig. Im Jahr 2018 belief sich der bilaterale Warenhandel auf 674 Mrd. Euro.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



# Europäische Kommission

## Handelsabkommen EU-Singapur öffnet neue Chancen für die Wirtschaft

Das Handelsabkommen zwischen der EU und Singapur trat am Donnerstag, den 22. November offiziell in Kraft. Mit dem Handelsabkommen beseitigt Singapur alle noch vorhandenen Zölle auf EU-Waren - und auch viel Bürokratie. Das Abkommen bietet Dienstleistern aus der EU neue Möglichkeiten, ihr Können anzubieten und an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen, unter anderem für Telekommunikation, Umweltdienste, Ingenieurwesen, Informatik und Seeverkehr.

„Das Abkommen wird den Handel ankurbeln und den Unternehmen, Landwirten, Arbeitnehmern und Verbrauchern auf beiden Seiten zugutekommen“, sagte Handelskommissarin Cecilia Malmström. „Es wird auch ein Tor zur schnell wachsenden südostasiatischen Region werden. In einer Zeit, in der die Grundlagen des offenen und regelbasierten Welthandels in Frage gestellt werden, brauchen wir solche Abkommen mehr denn je.“

Es ist das erste bilaterale Handelsabkommen der EU mit einem südostasiatischen Land. Es verbindet Europa mit einer der dynamischsten Regionen der Welt. Singapur ist für europäische Unternehmen eine

wichtige Drehscheibe für die gesamte Pazifikregion und Investitionsstandort Nummer eins in Asien. Schon jetzt beträgt der bilaterale Warenhandel jährlich 53 Mrd. Euro, bei Dienstleistungen sind es 51 Mrd. Euro. Damit ist Singapur der mit Abstand größte Handelspartner der EU in Südostasien.

Die EU und Singapur haben überdies ein Investitionsschutzabkommen geschlossen, das in Kraft treten kann, sobald es von allen EU-Mitgliedstaaten nach deren jeweiligen nationalen Verfahren ratifiziert wurde.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



# Europäisches Parlament

## EU-Abgeordnete wählen Wiewiórowski zum Datenschutzbeauftragten der EU

**Wojciech Wiewiórowski wurde vom Ausschuss für Bürgerfreiheiten des Europäischen Parlaments zum neuen Europäischen Datenschutzbeauftragten gewählt. Die Parlamentarier stimmten über die Position in einer geheimen Wahl am Morgen des 26. Novembers ab.**

Am 25. November hatte das Komitee für bürgerliche Freiheiten die 3 Kandidaten Yann Padova (Frankreich), Endre Szabo (Ungarn) und Wojciech Wiewiórowski (Polen) in einer öffentlichen Anhörung befragt, um herauszufinden, ob die Kandidaten für den Posten als Datenschutzbeauftragter geeignet sind.

Der Europäische Datenschutzbeauftragte wird im gegenseitigen Einvernehmen von Europäischem Parlament und Rat für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt.

Der Vorsitzende des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten wird der Konferenz der Präsidenten (dem Präsidenten des EP und den Fraktionsvorsitzenden) das Ergebnis der Abstimmung im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten übermitteln. Nach ihrer Bestätigung werden das Parlament und der Rat den neuen Europäischen Datenschutzbeauftragten offiziell ernennen.

Der Europäische Datenschutzbeauftragte ist die unabhängige Datenschutzbehörde der EU. Er überwacht, wie die Organe und Einrichtungen der EU personenbezogene Daten verarbeiten, um die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu gewährleisten, und berät sie zu allen Aspekten der Verarbeitung personenbezogener Daten sowie zu entsprechenden Richtlinien und Gesetzen. Der EDSB arbeitet auch mit den nationalen Behörden der EU-Länder zusammen, um die Kohärenz des Datenschutzes zu gewährleisten.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



# Europäisches Parlament

## EU-Abgeordnete verabschieden Entschließung über Kinderrechte

Zum 30-jährigen Bestehen der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (Jahrestag am 20. November) hat das Europäische Parlament eine Entschließung verabschiedet, die sich mit den zahlreichen Herausforderungen beschäftigt, denen sich Kinder und Jugendliche heute gegenübersehen. Der Text wurde am Dienstag mit 495 Stimmen angenommen, bei 58 Gegenstimmen und 87 Enthaltungen.

Die Abgeordneten verurteilen alle Formen von Gewalt gegen Kinder, einschließlich Zwangsheirat, weiblicher Genitalverstümmelung, Menschenhandel und psychologischer Gewalt, und fordern alle EU-Länder auf, an neuen Strategien zur Beseitigung sexueller Gewalt und Kindesmissbrauch sowohl online als auch offline zu arbeiten. Sie fordern die Mitgliedstaaten zudem auf, Rechtsvorschriften zu erarbeiten, die die körperliche Züchtigung von Kindern verbieten und unter Strafe stellen.

In der Entschließung wird gefordert, dass das Paket zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem vollständig umgesetzt wird, um die Bedingungen für alle minderjährigen Migranten zu verbessern. Das Grundprinzip des Kindeswohls sollte bei allen Entscheidungen über Kinder und Migration im Vordergrund stehen. Insbesondere sollte beim Umgang mit Kindern nicht die Migrationspolitik, sondern der Schutz der Kinder als Leitprinzip für die Mitgliedstaaten und die Europäische Union dienen, heißt es im Text.

Einige Kinder werden weiterhin staatenlos geboren, auch in der EU, und die Abgeordneten fordern die betroffenen Länder auf, diese Probleme anzugehen. Sie heben unter anderem Kinder mit Behinderungen, mit einem Migrationshintergrund, Kinder von LGBTI-Personen, Kinder inhaftierter Eltern und Kinder von sogenannten „ausländischen Kämpfern“ als der Diskriminierung aus mehreren Gründen unverhältnismäßig stark ausgesetzt hervor.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes ist zum am weitesten ratifizierten Menschenrechtsvertrag der Geschichte geworden. Das Parlament hatte am 20. November auch eine hochrangige Konferenz über das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes veranstaltet, an der unter anderem die Königin der Belgier teilnahm.

Für mehr Informationen klicken Sie [hier](#)



# Europäisches Parlament

## Parlament schließt Gesetzeslücke, um übermäßige ukrainische Hühnerimporte zu stoppen

**In einer mit 444 gegen 128 Stimmen bei 74 Stimmenthaltungen angenommenen Entschließung forderten die Abgeordneten die Ukraine auf, das vollständige Handelsabkommen für eine gute Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine einzuhalten. Lebensmittelsicherheits- und Gesundheitsstandards gelten für alle in die EU importierten Produkte, fügten sie hinzu.**

Die Einfuhren von knöcherner Hühnerbrust aus der Ukraine stiegen von 2016 bis 2018 fast um das Fünfzehnfache auf 55.000 Tonnen und wurden deutlich billiger als vergleichbare EU-Produkte verkauft.

Die Ukraine macht 0,9% des gesamten EU-Handels aus. In den Jahren 2016 und 2017 entfielen auf aus der Ukraine importiertes Geflügelfleisch 1,1 Prozent der gesamten EU-Geflügelimporte.

Das neue Geflügelregime wird Hähnchenbrust ohne Knochen und Knochen unter einer einzigen Zolllinie verarbeiten und die Beträge erhöhen, die die Ukraine ohne Zölle in die EU exportieren kann. Sobald die ukrainischen Ausführer die zollfreie Quote ausgeschöpft haben, müssen sie Zölle auf zusätzliche Ausfuhren in die EU entrichten. Die Änderung des Handelsabkommens zwischen der EU und der Ukraine 2016 wurde notwendig, weil ein ukrainischer Hersteller eine Lücke im Handelsabkommen ausnutzte, um zollfreie

Hähnchenbrust zu verkaufen - ein Produkt, das als lebenswichtig für die Landwirte in der EU angesehen wird. Obwohl es in der EU Einfuhrquoten gab, um die Landwirte der EU vor übermäßigen Einfuhren zu schützen, konnte Hühnerbrust mit einem Stück Flügelknochen ohne Einschränkungen legal in die EU eingeführt werden.

Das Parlament hat sich am Dienstag darauf geeinigt, das Handelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine dahingehend zu ändern, dass die Einfuhr von billigem ukrainischem Geflügelfleisch in die EU unter Ausnutzung einer gesetzlichen Lücke eingeschränkt wird.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)





# Europäischer Rat

## Ergebnisse des Rates für auswärtige Angelegenheiten

Unter anderem erörterte der Rat dringende Fragen zum Thema Syrien und erinnerte dabei an seine Zusage von der letzten Tagung des Rates im Oktober, die Waffenexporte in die Türkei zu stoppen. Außerdem wurde auch die Verabschiedung des Sanktionsrahmens als Reaktion auf die illegalen Bohraktivitäten der Türkei im östlichen Mittelmeerraum zur Kenntnis genommen.

Die Minister verwiesen auch auf die Lage in Bolivien und forderten alle auf, ein Verantwortungsbewusstsein zu entwickeln, um einen Weg zu glaubwürdigen Wahlen zu finden und weitere Gewalt zu vermeiden. Der Rat verlängerte die Sanktionen über Venezuela um ein Jahr aufgrund der andauernden, die Demokratie und das Rechtsstaatsprinzip unterlaufenden Vorgänge in Venezuela.

Weiters wurde mit der Hohen Repräsentantin die Situation im Libanon besprochen. Man erwartet sich, dass möglichst bald eine neue Regierung gebildet werde und unterstrich die Gewilltheit der EU, den Libanon weiter zu unterstützen.

Bezüglich dem JCPoA (Joint Comprehensive Plan of Action; Irans Atom-Deal) stellte der Rat fest, dass es immer schwerer werde, den JCPoA aufrecht zu erhalten. Er gab aber zu verstehen, dass man weiter hinter dem Plan stehe und den Iran weiter auffordert, sich dem Deal wieder voll zu unterwerfen, da es von großer Bedeutung für die regionale und europäische Sicherheit sei.

In ihrer Diskussion über Afghanistan stellten die Minister fest, dass nur direkte innerafghanische Gespräche eine langfristige Lösung herbeiführen können. während die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen den USA und den Taliban in diesem Zusammenhang einen ersten Schritt zur Wiederaufnahme der innerafghanischen Verhandlungen darstellen könnte. Der Rat betonte auch die Notwendigkeit, die Gewalt erheblich zu verringern und ein Umfeld zu schaffen, in dem die Rechte und demokratischen Fortschritte des Landes, einschließlich der Rechte von Frauen, Kindern und Minderheiten, gewahrt werden können.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)





# Sonstiges

## “Farm to Fork” – EU stellt Vision eines Entwurfs für ein nachhaltiges Lebensmittelsystem vor

Die Kommission plant, bis 2030 eine Vision für nachhaltige Lebensmittelsysteme aufzustellen, die Leben und Wohlbefinden verbessern, gesunde und kohlenstoffarme Ökosysteme sowie Lebensgrundlagen und Widerstandsfähigkeit verbessern und gleichzeitig ein integratives Wirtschaftswachstum fördern soll. In einem 17-seitigen Entwurf der "Farm to Fork" -Strategie heben die Beamten der GD SANTE hervor, dass das Ziel darin besteht, "auf Lebensmittelsysteme hinzuwirken, die ausreichende, sichere und erschwingliche Lebensmittel liefern und Ernährungsumstellungen anzuregen.

Die neue "Farm to Fork" -Strategie für nachhaltige Lebensmittel entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist Teil des umfassenden "European Green Deal" - das Flaggschiff der neuen Kommission, wie von der gewählten Präsidentin Ursula von der Leyen angekündigt. Die designierte Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides wird die Schaffung einer nachhaltigen Lebensmittelkette vorantreiben. In einem 6-seitigen Missionsschreiben betonte die neue Kommissionsleiterin die Bedeutung des Schutzes und der Förderung der öffentlichen Gesundheit und beauftragte Kyriakides, die Mitgliedstaaten bei der Verbesserung der „Qualität und Nachhaltigkeit ihrer Gesundheitssysteme“ zu unterstützen.

"Es ist dringend erforderlich, diesen Übergang zu beschleunigen, und es bestehen nach wie vor erhebliche Herausforderungen, um die Nachhaltigkeit der Lebensmittelsysteme zu erreichen", erläutern die Autoren. Gleichzeitig wird anerkannt, dass "grundlegende Änderungen in der Art und Weise, wie Gesellschaften konsumieren und produzieren, für eine globale nachhaltige Entwicklung unerlässlich sind" & Nachhaltigkeitsherausforderungen für Lebensmittelsysteme auf die demografische Entwicklung hinweisen, die durch eine "zunehmende und alternde Bevölkerung und eine Fortsetzung des Urbanisierungsprozesses" gekennzeichnet sein wird. Da die Weltbevölkerung im Jahr 2050 voraussichtlich auf 9,7 Milliarden anwachsen wird, heißt es: " Der Gesamtbedarf an Lebensmitteln, Futtermitteln und Biokraftstoffen wird voraussichtlich um mehr als 50% steigen.

Die Strategie würde den Weg für einen „Aktionsplan“ ebnen, der einen Rahmen für eine nachhaltige Lebensmittelpolitik mit einer gemeinsamen Definition dessen, was Nachhaltigkeit für die EU bedeutet, spezifischen Maßnahmen und Zielen in allen Politikbereichen umfasst.

Quelle: AGRAFACTS No. 90/19



# Sonstiges

## Deutschland und Frankreich schlagen Fahrplan für EU-Reform

**Deutschland und Frankreich haben am 26. November einen Fahrplan für die weitere Reform der EU vorgelegt. Der Prozess unter Einbeziehung aller EU-Institutionen sowie von Experten und Zivilgesellschaft soll 2020 starten und bis zur zweiten Jahreshälfte 2022 konkrete Ergebnisse bringen, heißt es in einem internen Diskussionspapier.**

In einer ersten Phase zwischen Februar und Juli 2020 sollen institutionelle Fragen behandelt werden, die zweite Phase soll sich ab Juli 2020 mit konkreten Politikfeldern befassen. Diese sind insbesondere Europas Rolle in der Welt, Nachbarschaft, Digitalisierung, Klimawandel, Migration, Kampf gegen Ungleichheiten, soziale Marktwirtschaft und europäische Werte. Berlin und Paris greifen mit ihrem Plan für eine Konferenz über die Zukunft Europas Teile eines Vorschlags der künftigen EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen auf. Sie fordert einen Bürgerdialog zur EU-Reform zwischen 2020 und 2022.

Es solle „eine starke Beteiligung der Bürger“ an dem

Prozess geben, hieß es in dem Papier weiter. Zusammen mit Einschätzungen von Experten solle diese in den Prozess einfließen. In der ersten Jahreshälfte 2022 und damit unter französischer EU-Ratspräsidentschaft soll es dann eine „Abschlusskonferenz“ geben.

Geleitet werden sollen die Reformbemühungen nach dem deutsch-französischen Vorschlag durch eine „europäische Persönlichkeit“. Sie soll von einer „kleinen Lenkungsgruppe“ aus Experten beraten werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



# Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

## [Evaluierung des Beitrags des ESF zur sozialen Inklusion](#)

Beschäftigung und Soziales

26 September 2019 - 19 Dezember 2019

## [Agrarsubventionen – Übergangsbestimmungen](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

31 Oktober 2019 - 02 Januar 2020

## [EU-Agrarpolitik – zulässiger Subventionsmix \(Direktzahlungen an Landwirte & Entwicklung des ländlichen Raums\)](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

31 Oktober 2019 - 02 Januar 2020



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

## EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

---

## Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -  
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)

Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sandra Gintsberger

Paul Egger